

Freiburger Nachrichten

A.Z. 1700 Freiburg 1
153. Jahrgang
Einzelverkauf Fr. 3.00*

*Dieser Betrag enthält
2,5% MwSt.

Einzig deutschsprachige Tageszeitung im zweisprachigen Kanton Freiburg

Montag, 19. Dezember 2016

Nr. 292

Abschied

Der Schmittner SP-Staatsrat Erwin Jutetz blickt mit den FN auf seine zehnjährige Amtszeit zurück.

Seite 2



Riesen Auswahl!

350 gute Gründe, um unsere grosse Auswahl an Gebrauchtwagen zu besuchen!

ahg cars
multimarques
www.ahg-cars.ch

Unachtsamkeit kostet das Institut für Föderalismus ein lukratives Mandat

FREIBURG «Es war eine Unachtsamkeit», sagt Peter Hänni, Direktor des Freiburger Instituts für Föderalismus der Universität Freiburg. Doch diese hat für das Institut weitreichende Folgen. Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) hatte ein Mandat für Dienstleistungen in Demokratisierung, Dezentralisierung und Local Governance neu ausgeschrieben. Das Freiburger Institut erwartete, dass die seit Jahren funktionierenden

de Zusammenarbeit mit der Deza ohne grosse Formalitäten weitergeführt werde. Doch nun hat die University of Sussex in Brighton den Zuschlag erhalten. «Die Uni liegt nicht einmal in einem föderalistischen Land», so Hänni.

Das Institut für Föderalismus hat einen Punkt der öffentlichen Ausschreibung nicht erfüllt: Die Institution muss über drei Jahre einen Jahresumsatz von mindestens 1 Millionen Franken auswei-

«Die University of Sussex liegt nicht einmal in einem föderalistischen Land.»

Peter Hänni
Professor und Direktor des Instituts für Föderalismus

sen. Wie Hänni sagte, schickte das Institut für Föderalismus die letzten drei Jahresberichte als Teil des Dossiers. Doch da standen für 2014 und 2015 Umsätze von 873 000 bzw. 883 000 Franken. Hänni betont zwar, dass für das Deza immer die Universität Freiburg Ansprechpartner war, und diese erfülle den minimalen Umsatz spielend. Doch bei der Deza fand das Institut damit kein Gehör. Der Entscheid aus Bern scheint unumstösslich: In ihrer

Antwort schrieb die Deza, dass es keine Beschwerdemöglichkeit gebe. Das Institut möchte nun auf politischen Weg den Entscheid infrage stellen. CVP-Ständerat Beat Vonlanthen hat eine entsprechende Interpellation an den Bundesrat eingereicht. Doch das Freiburger Institut muss ab sofort personelle Massnahmen vornehmen. Fünf Stellen seien vom negativen Entscheid aus Bern betroffen, so Hänni. *uh*
Bericht Seite 3

Schlagzeilen

Lesen

Auf der Suche nach Weihnachtsgeschenken? Elf FN-Buchtipps versprechen spannende Lesestunden.

Seite 7

Volleyball

Düdingen verliert beim Tabellenzweiten Sm'Aesch Pfeffingen.

Seite 11

Schweiz

Armeechef André Blattmann blickt zwei Wochen vor seinem letzten Arbeitstag auf schöne und weniger schöne Momente seiner Amtszeit zurück.

Seite 16

Zitat des Tages

«Ich glaube daran, dass es im Leben eine ausgleichende Gerechtigkeit gibt.»

Daniel Haenni
Bestatter
Seite 3

Wetter

Kaum Wolkenlücken, aber meist trocken - leichte Plusgrade.



Seite 20

Inhalt

Todesanzeigen	4
TV/Radio	8
Forum/Agenda	9
Kinos	18
Redaktion	026 426 47 47
Abonnemente	026 347 30 00
Inserate	026 347 30 01
www.freiburger-nachrichten.ch	



Reklame



Eishockey Bulls tanken Selbstvertrauen für die Masterround



DÜDINGEN In der Eishockey-1.-Liga haben die Düdingen Bulls gestern Sonntag die Qualifikation mit einem Ausrufergebnis abgeschlossen. Im Heimspiel gegen den Tabellenleader Sion setzte sich die Mannschaft von Thomas Zwahlen

mit 3:1 durch. «Das war ein Spiel auf sehr hohem Niveau zweier stark spielender Teams – fair, schnell und mit System», war der Bulls-Trainer nach der Partie begeistert. Mit diesem feinen Heimerfolg konnten die Sensler Selbstvertrauen für

die Masterround der besten sechs Teams tanken. Und nicht nur das: In der Tabelle rückten die Düdingen damit bis auf zwei Punkte an den Leader aus dem Wallis heran. *fs/Bild Aldo Ellena*
Bericht Seite 13

Absurdes Tarifsystem wird gekippt

BERN Die Bundesverwaltung gibt für teure Übersetzungsaufträge mehr Steuermillionen aus als nötig und übergeht die besten Übersetzungsfirmen. Nun reagiert der Bundesrat: Die Beamten müssen das Tarifsysteem abschaffen.

Denn für das Übersetzen Zehntausender amtlicher Papiere bezahlt der Bund Privatfirmen jährlich Millionen. Das Mindesttarifsysteem hatte die Verschwendung von Steuergeldern zur Folge, und viele Firmen verloren das Vertrauen in den Staat. Der von der «Berner Zeitung» im September veröffentlichte Fall hat Staub aufgewirbelt: Zwei Nationalräte haben Vorstösse eingereicht. Nun handelt die Landesregierung, noch bevor die Vorstösse im Parlament behandelt wurden. *ma/BZ*
Bericht Seite 17

Sparkurs bei der Post

BERN Bis 2020 will die Post in den Abteilungen Finanzen, Personal und Kommunikation bis zu 30 Prozent an Kosten sparen. Eine Post-Sprecherin bestätigte entsprechende Berichte in der Sonntagspresse. Mit einem Stellenabbau sei zu rechnen. Die genaue Anzahl der betroffenen Mitarbeiter stehe aber noch nicht fest, erklärte Post-Sprecherin Nathalie Dérobert auf Anfrage der Nachrichtenagentur sda. Die 30 Prozent «Einsparungsambition» sei lediglich ein «Richtwert». «Das heisst in keiner Weise, dass jede dritte Stelle oder gar 30 Prozent des Personalbestandes abgebaut werden», wurde Post-Sprecher Oliver Flüeler in der «Sonntags-Zeitung» zitiert. So «sind beispielsweise in der Kommunikation die Sachkosten klar höher als die Personalkosten», gab er im «SonntagsBlick» als Beispiel. Der sda lag diese Stellungnahme gestern vor. *sda*
Bericht Seite 17

Gérald Buchs blickt auf 37 Dienstjahre zurück

PLAFFEIEN Erinnert sich Gérald Buchs an seine Jahre als Gemeindeführer von Plaffeien zurück, dann tut er das mit Freude und Stolz. Aber auch mit etwas Verwunderung: Dass es ihn, den Sohn einer Jauner Alpirtenfamilie, 1979 ausgerechnet in die Gemeindeführung der Sense-Oberländer Gemeinde verschlagen habe, sei auch dem Zufall zu verdanken. Als das Angebot aus

Plaffeien kam, einem Dorf, zu dem er als junger Mann nur wenig Bezug hatte, habe er keine Minute gezögert. «Zum Glück», sagt Gérald Buchs heute mit Blick auf 37 Dienstjahre und die kurz bevorstehende Gemeindefusion mit Oberschrot und Zumholz, die er in seiner neuen Funktion als Leiter Fusionsumsetzung hautnah begleiten wird. *mz*
Bericht Seite 5

Der Krieg in Syrien geht weiter

ALEPPO Die Niederlage der Rebellen in Aleppo bringt Syrien keinen Schritt näher zum Frieden: Nachdem die Truppen des syrischen Machthabers Bashar al-Assad mit russischer und iranischer Unterstützung die Kontrolle über Aleppo wieder errungen haben, ist die Lage im Land schwierig einzuordnen. Weder von den gedemütigten Rebellen noch von den Siegern ist ein Entgegenkommen zu erwarten.

Auch die Rolle des Westens darf nicht unterschätzt werden: Er hat es zu Beginn des Aufstands versäumt, die gemässigten Kräfte zu stärken. Der Krieg ist längst ein Stellvertreterkonflikt geworden. Türkei, Saudiarabien und Katar unterstützen sunnitische Extremisten. Russland und Iran stellten sich mit Waffen und Truppen an die Seite des syrischen Regimes. *mww/bol/BZ*
Bericht Seite 19

Woran glauben Sie?



Daniel Haenni
Der Murtner besitzt das Bestattungsunternehmen Hirter in Murten. Bild ae/a

«Ich glaube daran, dass es im Leben eine ausgleichende Gerechtigkeit gibt. Das Leben hat ja nie nur positive und schöne Seiten. Ich hoffe doch, dass niemand nur Negatives erleben muss. Ich glaube deshalb, dass es nach schwierigen Erfahrungen irgendwann wieder aufwärtsgeht. Die Frage ist, in welchem Zeitfenster sich das Blatt zum Guten wendet. Das Leben ist wie ein Pendel. Man weiss nicht, wie weit und wie lange es in eine Richtung ausschlägt. Irgendwann schwingt es aber wieder zurück.

Vielleicht ist mein Glaube auch durch meinen Beruf geprägt. Der Tod ist das Extremste, was ein Mensch erleben kann. Ich komme viel mit Menschen in Kontakt, die einen nahen Angehörigen verloren haben. Das prägt das Verhältnis zum Leben. Man realisiert, dass nicht alle Menschen 80-jährig werden können. Unsere vermeintlich grossen Probleme relativieren sich vor dem Hintergrund des Todes. Was bedeutet schon auf das ganze Leben gesehen ein verpasster Zug? Ich erlebe in meinem Beruf auch relativ oft, dass sich aus der schmerzlichen Erfahrung eines Verlustes neue Chancen entwickeln.

Meine Haltung gibt mir eine Zuversicht, die mir über schwierige Zeiten hinweghilft. Vor einigen Jahren hatte ich gesundheitliche Probleme, die mein Leben gefährdet haben. Diese Erfahrung hat mein Leben verändert. Ich lebe bewusster und bin weniger auf Details fixiert. Ich lebe auch spontaner und setze meine Träume schneller um. Schon lange wollte ich einmal an das originale Military Tattoo in Edinburgh. Nun habe ich mir zwei Tickets für den nächsten August gekauft. Man muss seine Träume leben. Schliesslich man weiss nie, wie lange man dafür Zeit hat.»

In der Adventszeit fragen die «Freiburger Nachrichten» jeden Tag eine andere Person nach ihrem Glauben.

Der Bund zieht eine englische Uni dem Institut für Föderalismus vor

Das Freiburger Institut für Föderalismus hat über Jahre für die Deza internationale Dienstleistungen erbracht. Nun geht das Mandat nach Brighton.

Urs Hänni

FREIBURG Seit Jahren hat das Institut für Föderalismus der Universität Freiburg für die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) Dienstleistungen erbracht: Weiterbildung, Sommer-Universität, Empfang von internationalen Delegationen und Gastforschenden. Damit ist nun fertig. Das Institut wurde im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung nicht mehr berücksichtigt; den Auftrag führt ab 2017 die University of Sussex in Brighton aus.

Am 12. November antwortete die Deza dem Freiburger Institut, man habe die Offerte studiert und könne keinen positiven Bescheid geben. In der Antwort, welche den FN vorliegt, schreibt die Deza, der Bieter müsse einen Jahresumsatz von mindestens 1 Million Franken über die letzten drei Jahre generieren, um das Mandat erfüllen zu können. Das Freiburger Institut hatte 2013 einen Umsatz von 1,18 Millionen Franken, 2014 und 2015 aber nur noch 873 000 respektive 883 000 Franken generiert.

«Das ist eine sehr formalistische Betrachtungsweise», sagt Peter Hänni, Professor und Direktor am Institut für Föderalismus. Als Ansprechpartner für die Deza sei die Universität Freiburg im Vordergrund gestanden; diese erreiche den Umsatz spielend. «Wenn unser langjähriger Partner sagt, wir erreichen den Umsatz nicht, dann ist das ein Verstoß gegen Treu und Glauben.»

Fünf Stellen betroffen

Für das Institut ist es selbstverständlich, die jahrelange Zusammenarbeit weiterzuführen. «Wir haben einfach die Jahresberichte des Instituts mit dem Dossier eingereicht. Das war eine Unachtsamkeit.»

Eine Unachtsamkeit, die kaum mehr rückgängig gemacht werden kann. Das Institut für Föderalismus hat zwar verlangt, den Evaluationsentscheid nochmals zu prüfen, doch die Deza schrieb zu-



Das Institut für Föderalismus wurde trotz internationalem Renommee von der Deza für ein neues Mandat nicht mehr berücksichtigt. Bild Aldo Ellena

rück: «Das Beschaffungsrecht lässt hier leider keinen Spielraum zu.» Für die vorliegende Dienstleistung bestehe keine Beschwerdemöglichkeit.

Hänni sagt, dass man rechtlich höchstens eine erneute Teilnahme am Verfahren erwirken könnte, nicht aber den Zuschlag für den Auftrag. Das Rektorat habe deshalb auf eine Beschwerde verzichtet, der Institutsrat beschloss aber, auf den Vergabeentscheid politisch zu reagieren. So hat Ständerat Beat Vonlanthen (CVP) am Dienstag eine Interpellation eingereicht (siehe Kasten).

«Es kann doch nicht sein, dass die einzige schweizerische Institution in diesem Bereich den Auftrag an eine Institution verliert, die nicht mal in einem föderalistischen Land zu Hause ist», sagt Hänni.

Gemäss Peter Hänni begann die Zusammenarbeit zwischen dem Institut für Föderalismus und dem Deza unter dessen damaligem Direktor Walter Fust. Die Mandate galten jeweils für drei Jahre. Fusts Nachfolger Martin Dahinden regelte das Freiburger Mandat neu durch einen Subventionsvertrag. Die

Leistungen des Instituts machten ungefähr 600 000 Franken im Jahr aus. Unter dem neuen Deza-Direktor Manuel Sager wird das Mandat für den Bereich «Democratisation, Decentralisation, Local Governance» nun im Rahmen des öffentlichen Beschaffungswesens ausgeschrieben. Das Mandat erstreckt sich neu über Perioden von vier Jahren, das Aufgabengebiet wird etwas erweitert, und der jährliche Umfang macht ungefähr 1 Millionen Franken aus. Das Freiburger Institut hat deshalb in die Offerte auch Leistungen des Demokratiezentrum Aarau und der ETH Zürich einbezogen.

Mit dem Wegfall dieses Mandats fallen dem Institut für Föderalismus auch Einnahmen weg. Wie Hänni sagt, fällt ab 1. Januar eine Stelle weg, weitere Anstellungen wurden befristet, und neue Stellen kommen nun nicht: «Insgesamt sind rund fünf Stellen betroffen.» Immerhin werde die Existenz des Instituts nicht infrage gestellt: «Wir haben durch den Bund und die Kantone weiterhin Mandate, so dass wir handlungsfähig bleiben.»

Ständerat

Beat Vonlanthen fordert den Bundesrat zum Eingreifen auf

Das Freiburger Institut für Föderalismus sei ein «weltweit anerkanntes Kompetenzzentrum in Föderalismusfragen» – dies schreibt der Freiburger CVP-Ständerat Beat Vonlanthen in einer Interpellation an den Bundesrat. Wenn nun das Institut aus einem Selektionsprozess für ein mehrjähriges Mandat ausgeschlossen wird, weil die erforderlichen Umsätze in zwei von drei Jahren nicht erreicht wurden, so sei dies eine offensichtlich falsche Beurteilung der Rahmenbedingungen und ein Schlag ins Gesicht der Schweizer Wissenschaft. Es sei klar, dass das Institut vertraglicher Partner der Universität Freiburg sei und als solcher die Anforderungen erfülle. Wenn nun das Mandat an die University of Sussex gehe, so habe das für das Institut für Föderalismus weitreichende wirtschaftliche

Konsequenzen. Es untergrabe auch das Image des weltweit renommierten Instituts.

Der Entscheid der Deza sei rechtlich nicht nachvollziehbar, schreibt Vonlanthen an den Bundesrat. Die Schweiz verfüge beim Föderalismus und der direkten Demokratie über eine Unique Selling Proposition: Ausländische Partner suchen nach Expertenwissen und praktischen Erfahrungen schweizerischer Institutionen.

Vonlanthen fragt deshalb den Bundesrat, ob er die Auffassung eines ungerechtfertigten Selektionsprozesses teile. Er will auch wissen, wie der Entscheid angesichts der bundesrätlichen Botschaft über internationale Zusammenarbeit zu rechtfertigen sei. Schliesslich fragt er, ob der Bundesrat bereit sei, die Deza anzuweisen, auf ihren Entscheid zurückzukommen. *uh*

Zuzug in den Kanton füllt die Kassen der Freiburger Reformierten

Die Synode der Freiburger Reformierten hat an ihrer Budgetversammlung kürzlich einen positiven Voranschlag 2017 genehmigt.

POSIEUX Höhere Steuererträge wegen des noch immer starken Zuzugs von Reformierten in den Kanton Freiburg: Dies ist laut einer Mitteilung der Evangelisch-Reformierten Kirche des Kantons Freiburg der Grund für die tiefschwarzen Zahlen im Budget der Synodalkasse. Die Delegierten der Kirche hiessen kürzlich in Grange-neuve einen Voranschlag mit

einem Plus von 12 000 Franken bei einem Gesamtumfang von 2,3 Millionen Franken gut. Die Einnahmen werden gemäss Synodalrätin Anne-Elisabeth Nobs um rund vier Prozent oder 83 000 Franken zunehmen. Auch der Aufwand würde zunehmen, allerdings lediglich um 75 000 Franken.

Im Budget sei neu eine Tranche für die geplante ökumenische Seelsorgestelle im Ausreisezentrum Guglera integriert. Zusätzliche Kosten seien für die Ausbildung von neu gewählten Kirchgemeinderäten, für Jugendprojekte sowie für die kantonalen Festivitä-

ten zum 500-Jahr-Jubiläum der Reformation vorgesehen. Ausserdem würden erneut zusätzliche sechs Stellenprozent für die Seelsorge im Palliative-Care-Bereich reserviert. Der Bedarf nach einer spezialisierten Seelsorge sei ausgewiesen, hielt der Synodalrat fest, unter anderem, weil im wiedereröffneten Spital Merlach Palliative-Care-Betten eingerichtet werden.

Personalreglement vertagt

Das umfangreiche Paket der Richtlinien für die Verträge und die Dienstverhältnisse von Amtsträgern der Refor-

mierten Kantonalkirche, welches an der vorletzten Synode begonnen worden war, hat die Synode weiterbehandelt und nach intensiven Diskussionen auf eine eigens dafür reservierte Sondersynode vertagt. Mit dem Dokument werden die Grundlagen für die Anstellung und die Wahl von Pfarrpersonen und Diakoninnen geregelt.

Die Freiburger Reformierten beteiligen sich laut der Mitteilung im nächsten Herbst auch am Jugend- und Musikfestival «Reformation», das anlässlich des 500-Jahr-Jubiläums der Reformation in Genf stattfinden soll. *fca*

Express

Verhafteter beisst Polizisten in die Hand

FREIBURG Ein 29-jähriger Freiburger ist in der Nacht auf Sonntag um 3 Uhr in der Stadt Freiburg verhaftet worden, weil er Steine auf Fahrzeuge schoss. Der Mann weigerte sich gemäss Mitteilung der Kantonspolizei, sich auszuweisen, und flüchtete. Die Polizei ordnete Verstärkung an, weil er die Beamten beschimpfte, ihnen drohte, ihnen Fusstritte verpasste und einen der Polizisten bei der Befragung in die Hand biss. Der Transport des Mannes auf die Polizeistation war schwierig. Weil er derart ausrastete, wurde der Mann in Untersuchungshaft gesteckt. Der Polizist musste zur Behandlung ins Spital. *ak*